

SPIEGEL: Heißt das große Koalition?

BRANDT: Nein, das heißt es mit Sicherheit nicht.

SPIEGEL: Wie wollen Sie eigentlich Ihre Wähler motivieren für das Negativziel: nicht an der SPD vorbei?

BRANDT: Das ist kein Negativziel, das heißt ja auch nicht in dem Sinne dran vorbei, daß man an irgendwas beteiligt sein möchte, sondern daß nur unter sozialdemokratischer Führung die Bundesrepublik weiterregiert werden kann. Wenn ich mir angucke, was wir bisher in Wahlen zu verzeichnen haben, wenn Bayern und Hamburg in der zweiten Hälfte des Jahres noch dazukommen, dann gibt es überhaupt keinen Grund, etwas zu modifizieren an der SPD- oder Rau-Linie, nämlich: für die Bundestagswahl aufs Ganze zu gehen.

„Bonn nicht im besten Licht“

SPIEGEL-Interview mit Franz Josef Strauß über die Verluste der CDU

SPIEGEL: Herr Strauß, der Albrecht-Sieg täuscht nicht über den Erdrutsch in Niedersachsen hinweg. Die Union hat 6,4 Prozent verloren, und die SPD hat 5,6 Prozent dazugewonnen. Fühlen Sie sich in Ihren zahlreichen Ermahnungen an Bonn bestätigt?

STRAUSS: Man sollte in dem Zusammenhang nicht von Erdrutsch reden. Sie gehen von dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen in Niedersachsen aus. Diese Landtagswahlen haben auf dem Höhepunkt der Helmut-Schmidt-Krise stattgefunden und der CDU einen großen Erfolg gebracht.

Wenn die Landtagswahl in Niedersachsen im Jahre 82 nicht im Juni, sondern im Oktober/November stattgefunden hätte, dann hätte die CDU in Niedersachsen nicht mehr bekommen als 45 bis 46 Prozent.

Die CDU in Hessen hat nach dem Mißtrauensvotum gegen Helmut Schmidt, das von der FDP verursacht war, 1983 über sechs Prozent verloren. Die CDU hat in Niedersachsen bei den Bundestagswahlen 83 nach der Wende 45 Prozent bekommen, also das gleiche, wie sie jetzt bekommen hat. Und das ist das natürliche und – ich darf sagen – nicht schlechte Ergebnis.

SPIEGEL: Ist das ein Ergebnis, mit dem die Union bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 leben kann?

STRAUSS: Ich habe eben schon gesagt, die CDU hat in Niedersachsen bei der letzten Bundestagswahl ja auch nicht mehr erzielt. Dieser Abfall von fünf oder sechs Prozent, von dem Sie reden, der bezieht sich auf eine Landtagswahl, die vor dem 1. Oktober 82 stattgefunden hat, auf dem Höhepunkt der Helmut-Schmidt-Krise, und die kein Vergleichsmaßstab ist.

SPIEGEL: Rechnen Sie mit Wieder- aufnahme einer sozialliberalen Koalition?

BRANDT: Das ist in den Karten nicht drin für 1987. Aber warum soll nicht auch mal in einem Land in der Zeit, die kommt, wenn's die Freien Demokraten weiter gibt, irgendwas möglich sein. Für den Bund 1987 kann man dies ausschließen. Nicht wegen der Außenpolitik, sondern wegen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es nicht vorstellbar, daß es da eine gemeinsame Basis geben könnte.

SPIEGEL: Sehen Sie in Schröder einen künftigen Kanzlerkandidaten?

BRANDT: Wir haben unseren Kandidaten. Ich werde 'nen Deubel tun, mich jetzt zu unterhalten, was, politisch gesehen, in einer nächsten Generation ansteht. Da gibt's mehrere. Aber der hier, von dem wir jetzt sprechen, der hat ein richtig schönes Gesellenstück hingelegt.



CSU-Chef Strauß
„Man soll nicht von Erdrutsch reden“

SPIEGEL: Wir sehen einen durchgängigen Abwärtstrend der Union von der Saar, über Nordrhein-Westfalen bis zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Es hätte der Union doch wohl gut angestanden, wenn sie diesen Trend jetzt angefangen hätte.

STRAUSS: Sie haben Hessen vergessen, auch die Kommunalwahlen in Hessen. Die CDU hat überall unterschiedliche Prozente verloren. Und deshalb ist für Niedersachsen bemerkenswert: die CDU ist wieder auf ihrem Bestand nach normalen Bedingungen. Tschernobyl hat keine Rolle gespielt, fast keine Rolle gespielt. Die Grünen haben nix gewonnen, die SPD hat in ihrem Stamm- land Niedersachsen dazugewonnen, aber mehr, als es unbedingt notwendig gewesen wäre.

Ich führe das Ergebnis auch darauf zurück, daß sich natürlich die Bonner Politik nicht von allen Seiten her im besten Lichte zeigt. Besonders ist das

Vertrauen in der ländlichen Bevölkerung noch nicht in vollem Umfang wiedergekehrt.

SPIEGEL: Auf welchen Gebieten müßte sich die Bonner Politik der Koalition anders, besser zeigen?

STRAUSS: In der Selbstdarstellung, in der sozialen Glaubwürdigkeit – obwohl sie in der Sache Ausgezeichnetes leistet, aber in der Selbstdarstellung noch nicht –, in der Agrarpolitik und in der Perspektive für die nächsten vier Jahre.

SPIEGEL: In diesem Zusammenhang haben sich Ihre CSU-Minister im Bonner Kabinett auch nicht mit Ruhm bekleckert.

STRAUSS: Ich glaube, das ist eine etwas deplazierte Frage.

SPIEGEL: Hat es sich gelohnt, darauf zu spekulieren, daß die FDP die jeweilige Mehrheitsbringerin der Union ist?

STRAUSS: In den Meinungsumfragen der letzten Monate war das Wählerreservoir der CDU und der FDP 51 Prozent. Niedrig genug, aber es war so. Das wurde aufgeteilt auf 47,5 für die CDU und drei für die FDP. Jetzt ist rausgekommen 44,3 und sechs Prozent für die FDP. Genau das gleiche. Das heißt, daß ein gewisser Prozentsatz von Wählern, die für die CDU grundsätzlich eingestellt sind, die aber nüchtern kalkulieren, gesagt haben, wenn die FDP nicht reinkommt, geht die Hälfte der Stimmen nach der Restabrechnung der Mandate zugunsten der Rot-Grünen, also wählen wir FDP.

Und so kommt es zutage, daß die FDP ein Resultat erzielt hat, was weit über dem liegt, was die Meinungsumfragen der letzten Monate ergeben haben.

SPIEGEL: Das ist also insgesamt der Koalition zugute gekommen. Es zahlt sich also nicht aus, einen Wahlkampf für eine absolute Mehrheit der Union zu führen?

STRAUSS: Jede Partei muß kämpfen um so viele Stimmen wie nur möglich. Was der Wähler macht, ist seine Sache, was die Parteien machen, ist deren Sache. Aber man kann nicht Stimmen beliebig manipulieren.

SPIEGEL: Ist der Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien CSU, CDU und FDP noch immer ausreichend für eine kommende Legislaturperiode?

STRAUSS: Der „Vorrat an Gemeinsamkeiten“ war ja das blöde Stichwort, um nicht zu sagen: Schimpfwort in der liberalsozialistischen Koalition.

SPIEGEL: Über Rentenpolitik, Sicherheitspolitik und Außenpolitik besteht doch auch heute durchaus keine Einigkeit mehr zwischen Union und FDP, insonderheit zwischen der FDP und Ihnen.

STRAUSS: Die FDP wird sicherlich auf diesen Gebieten sich immer mehr an

den Realitäten orientieren müssen und nicht an ihren parteiinternen Gegensätzen.

SPIEGEL: Sie erwarten also, daß die FDP sich Ihnen annähert und sich nicht durch Sonderwünsche zu profilieren sucht.

STRAUSS: Ich träume nicht in Vorstellungen, daß sie sich mir annähert. Ich bin sehr sachbezogen und nüchtern.

„Grüne – Volkssturm der SPD“

SPIEGEL-Interview mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler

SPIEGEL: Herr Geißler, Sie haben die Niedersachsen-Wahl eine Richtungs-wahl genannt. Bei der letzten Landtags-wahl hatten CDU und FDP zusammen 56,6 Prozent, jetzt knapp über 50 Prozent. Weist die Richtung auf den Machtverlust in Bonn nach der nächsten Bundestagswahl?

GEISSLER: Der Verlust von fünf oder sechs Prozent ist Nebensache gegenüber der Hauptsache, daß nämlich bei dieser Wahl, die auf Biegen und Brechen geführt wurde, die CDU ihr Wahlziel erreicht hat: Ernst Albrecht bleibt Ministerpräsident, und die Union behält die Mehrheit im Bundesrat. Ob man das mit 51, 54 oder 55 Prozent erreicht, ist zwar nicht ganz belanglos. Aber in Niedersachsen ist die Richtung, um die es ging, bestätigt worden.

SPIEGEL: Eine Richtung, die mit mindestens sechs Prozent in die „Miesen“ zeigt.

GEISSLER: Die politische Richtung der CDU ist mit absoluter Mehrheit in Niedersachsen bestätigt worden. Und zwar für das Land und für den Bund. Und es war eine Entscheidung gegen die Strategie der Sozialdemokraten – eine Strategie, die ja gleichzeitig ein Probelauf für die Bundestagswahl war. Schröder war sozusagen der Mini-Rau. Die Sozialdemokraten hatten die Hoffnung, diese Wahl gewinnen zu können. Diese Strategie von Rau ist gescheitert.

SPIEGEL: Der Begriff „absolute Mehrheit“ wird normalerweise für eine Partei, nicht für eine Koalition benutzt. Lehrt Sie das Niedersachsen-Ergebnis, auch für die Bundestagswahl im Januar 1987 sicherheitshalber einen Koalitionswahlkampf zu führen?

GEISSLER: Nein. Es stehen sich zwei Lager gegenüber. Und in Niedersachsen ging es um die Frage, welche der beiden großen Gruppierungen – Christliche Demokraten und Liberale oder Sozialdemokraten und Grüne – sich durchsetzt. In Niedersachsen hat sich – wenn auch knapp – das Bündnis der Christlichen Demokraten und der Liberalen durchgesetzt.

SPIEGEL: Sind Fehler gemacht worden?

SPIEGEL: Welche Auswirkungen haben die Niedersachsenwahl-Ergebnisse auf Ihre bayrischen Landtagswahlen?

STRAUSS: Nach den Kriterien, die ich eben erwähnt habe, so gut wie nichts.

SPIEGEL: Werden die Grünen in Bayern die fünf Prozent überspringen?

STRAUSS: Das ist zu erwarten, aber sie werden die Mehrheitsverhältnisse nicht erschüttern.

GEISSLER: Ich glaube, daß die CDU als Partei in diesem Wahlkampf nichts falsch gemacht hat. Wir haben gekämpft. Unsere Leute waren mobilisiert. Wir hatten die richtigen Inhalte und die richtigen Parolen. Unsere Strategie hat gestimmt.

SPIEGEL: Lag das magere Ergebnis an der Regierung?

GEISSLER: Die Bundesregierung hat einiges auf dem Buckel gehabt. Sie mußte den lügnerischen Agitationskampf der IG Metall abwehren, sie mußte die emotionale Aufladung nach Tschernobyl aufarbeiten. Beides hat sie gemeistert.

SPIEGEL: Bei der Landtagswahl in Niedersachsen 1982 haben SPD und Grüne zusammen 43 Prozent, bei dieser Wahl fast 50 Prozent erreicht. Das rot-grüne Bündnis scheint eine Zukunft zu haben.

GEISSLER: Die Landtagswahl 1982 war nicht beispielhaft. Helmut Schmidt und die SPD lagen in den letzten Zügen. Wenn Sie einmal die Bundestagswahl 1983 nehmen, dann werden Sie feststellen, daß sie für alle Parteien ungefähr dasselbe Ergebnis wie am Sonntag in Niedersachsen brachte. Die jetzige Landtagswahl war eine Wahl unter Bundestagswahl-Bedingungen. Das heißt: Wäre am Sonntag Bundestagswahl gewesen, dann hätten wir das Ergebnis von 1983 wiederholt. Damit bedeutet diese Landtagswahl einen schweren Schlag für die SPD. Sie kann weder in Niedersachsen noch im Bund die absolute Mehrheit erreichen.

SPIEGEL: Johannes Rau spricht ja auch nur von der eigenen Mehrheit. Aber bleiben wir bei der CDU. Sie, der Generalsekretär, haben die niedersächsische Landtagswahl auf Bundes-Niveau gehoben. Die niedersächsischen Christdemokraten wollten eigentlich keine Einmischung aus Bonn. Hat sich das bundespolitische Engagement einschließlich des Einsatzes des Bundeskanzlers in Niedersachsen ausgezahlt?

GEISSLER: Beides war ein Vorteil. Entgegen Ihrer Vermutung haben sich die Landes-CDU und die Bundes-CDU nicht auseinanderdividieren lassen. Für beide war die Landtagswahl eine Richtungs-wahl. Das hat dazu beigetragen,

daß wir nach Pfingsten eine starke Mobilisierung der CDU erreicht haben. Die Landtagswahl in Niedersachsen ist erst in den letzten 14 Tagen gewonnen worden. Wenn wir Pfingsten gewählt hätten, hätte ich Zweifel gehabt, ob wir sie gewinnen können.

SPIEGEL: Ist Bundeskanzler Kohl für das schlechte Abschneiden der Union in Niedersachsen verantwortlich zu machen?

GEISSLER: Diese Landtagswahl hat Ernst Albrecht mit Unterstützung von Helmut Kohl gewonnen.

SPIEGEL: Sie haben den Bundeskanzler gedrängt, kurz vor der Niedersachsen-Wahl einen Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu ernennen. Haben Sie dem neuen Mann Walter Wallmann den Bruchteil eines Prozents für den Machterhalt zu verdanken?

GEISSLER: Dieser Entscheidung des Bundeskanzlers messe ich für den Ausgang dieser Landtagswahl eine große Bedeutung zu. Ob das nun 0,5 oder 1,5 Prozent waren, weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall kann diese Entscheidung kei-



CDU-Generalsekretär Geißler
„Schröder war der Mini-Rau“

ne negativen, sondern nur positive Auswirkungen gehabt haben.

SPIEGEL: Sie haben vor der Landtagswahl in Niedersachsen das „rot-grüne Chaos“ an die Wand gemalt. Glauben Sie, diese Thematik auch für den Bundestagswahlkampf nutzen zu können?

GEISSLER: Das „rot-grüne Chaos“ war insofern von großer Bedeutung, als diese Niedersachsen-Wahl – und das war auch unsere Absicht – demonstriert hat, daß die SPD die absolute Mehrheit nicht erreichen kann.

SPIEGEL: Also bleiben Sie bei der Warnung vor dem „rot-grünen Chaos“ – auch unter dem Kanzler-Kandidaten Rau?

GEISSLER: Ja. Da die absolute Mehrheit für die SPD nicht erreichbar ist, könnte er auch in Bonn allenfalls nur mit Hilfe der Grünen regieren. Und da gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man glaubt Rau, daß er